

Hanstedt/Hannover. Die Grundwasserentnahme in der Nordheide war am Montag Thema einer nichtöffentlichen Sitzung des Umweltausschusses im Niedersächsischen Landtag. Zur Anhörung in Hannover war auch die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN) mit Sitz in Hanstedt eingeladen.

Deren Erster Vorsitzender Karl-Hermann Ott und Pressesprecher Gerhard Schierhorn nutzten die Gelegenheit, die geplante Wasserförderung durch die Hamburger Wasserwerke (HWW) und einige übergeordnete Aspekte zu kommentieren. Darüber hinaus wurden die Anträge der SPD und der Grünen zur Notwendigkeit eines Staatsvertrages zwischen Hamburg und Niedersachsen und zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Grundwasserhaushalt diskutiert.

Im Kern begrüßte und unterstützte die IGN den Abschluss eines Staatsvertrages zwischen Hamburg und Niedersachsen. Gegenstand eines solchen Vertrages sollte die nachhaltige, länderübergreifende Planung und Bewirtschaftung der Trinkwasserressourcen sein. Die IGN legte dabei Wert auf den Vorrang einer ortsnahen Wasserversorgung. Lieferungen aus der Heide nach Hamburg seien nur denkbar, wenn sich Hamburg nicht selbst versorgen könne. Auch den Antrag der Grünen nach stärkerer Berücksichtigung der Klimaveränderungen unterstützte die IGN. In diesem Themenfeld seien lokal verwertbare Erkenntnisse noch viel zu wenig vorhanden. Dabei gelte es zunächst, die Einflüsse des Klimawandels auf das Grundwasser in der Nordheide weiter zu untersuchen und den vielen Unsicherheiten dadurch Rechnung zu tragen, dass die Grundwasserentnahme gering gehalten werde. Die IGN hat zum laufenden Wasserantrag der HWW noch einmal deutlich gemacht, dass die zurzeit geförderte Menge von rund 16 Millionen Kubikmetern pro Jahr auf der Basis einer Erlaubnis der inzwischen abgeschafften Bezirksregierung Lüneburg von 2004 aus ihrer Sicht rechtswidrig sei – seinerzeit habe es weder eine Beteiligung der Öffentlichkeit gegeben, noch seien die Vorgaben des Umweltverträglichkeitsgesetzes beachtet worden. Diesen Themenkomplex will die IGN jetzt juristisch weiter untersuchen lassen.

Zum laufenden Antragsverfahren fordert die IGN den Landkreis Harburg auf, das wasserrechtliche Verfahren mit den mangelhaften Antragsunterlagen nicht weiterzuführen, sondern stattdessen die Hamburger Wasserwerke zu beauftragen, prüffähige Unterlagen zu erstellen und erneut öffentlich auszulegen. Dazu gehöre eine aktuelle und vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung mit Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Anforderungen wie die Alternativenbetrachtung – zum Beispiel die Nutzung von Oberflächenwasser und ortsnahen Grundwasservorkommen –, eine Untersuchung der FFH-Gebiete und optimierte Förderkonzepte statt Fortschreibung der jetzigen Brunnenreihen.

Karl-Hermann Ott und Gerhard Schierhorn äußerten sich nach der Anhörung sehr zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung. Die von den Abgeordneten gestellten Fragen seien umfassend und klar beantwortet worden.

**Harburger Anzeigen und Nachrichten (21.04.2010)**

**Anhörung in Hannover bestärkt Landkreis-Vertreter**

*Hanstedt/Hannover(cm)*. Die aktuelle Entwicklung zum umstrittenen Antrag der Hamburger Wasserwerke, 30 Jahre lang in der Nordheide 16,6 Millionen Kubikmeter Trinkwasser zu fördern, ist aus Sicht der Verbände und Politiker im Landkreis Harburg auf gutem Weg. Alle auf niedersächsischer Seite Beteiligten äußerten sich gestern positiv über den Verlauf der Anhörung zum Thema Heidewasser, die am Montag nicht öffentlich im Umweltausschuss des Landtags stattgefunden hat.

Bis auf die Hamburger Wasserwerke hätten alle angehörten Verbände deutlich gemacht, dass es zu kürzeren Laufzeiten und niedrigen Fördermengen kommen müsse. Sehr energisch wurde die Forderung nach einem Staatsvertrag durchgängig bestätigt, berichtet der Elstorfer CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Schönecke.

Auch die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN), die an vorderster Front gegen Hamburgs überzogenen Wasserwunsch streitet und durch Karl-Hermann Ott und Gerhard Schierhorn in Hannover vertreten war, zeigte sich "sehr zufrieden". Die IGN unterstützt einen Staatsvertrag zwischen Hamburg und Niedersachsen und habe noch einmal deutlich gemacht, dass die zurzeit laufende Förderung auf Basis der alten Übergangsregelung aus ihrer Sicht rechtswidrig ist.

## **Lüneburger Landeszeitung 21.04.2010**

### **Umweltausschuss tagt in Hannover - Landespolitiker planen parteiübergreifenden Antrag**

#### **Heidewasser eint Fraktionen**

ml/off Lüneburg/Hannover. Allein auf weiter Flur standen gestern offenbar die Hamburger Wasserwerke (HWW) in Hannover. Bei einer nicht-öffentlichen Anhörung vor dem Umweltausschuss des niedersächsischen Landtags verteidigten die Hamburger ihren Antrag zur Grundwasserförderung in der Nordheide. Kritisch beurteilte die Mehrheit der Abgeordneten sowohl die geplante Menge von 16,6 Millionen Kubikmeter jährlich als auch die Dauer von 30 Jahren. Angesichts des Klimawandels seien Genehmigungen mit so langer Laufzeit kaum vertretbar, hieß es aus Teilnehmerkreisen. Nun soll bei der nächsten Sitzung des Gremiums das weitere Vorgehen abgesprochen werden.

Die Lüneburger SPD-Abgeordnete Andrea Schröder-Ehlers äußerte sich nach der Anhörung zuversichtlich, "dass nun ein fraktionsübergreifender Antrag zu dem Thema formuliert werden kann". Bislang liegen nur Anträge von SPD und Grünen vor. Doch auch aus den Reihen von CDU und FDP seien bei der Anhörung den HWW sehr kritische Fragen gestellt worden.

"Fast alle Beteiligten haben gegen den jetzigen Antrag erhebliche Bedenken", beschrieb Schröder-Ehlers ihren Eindruck.

Tatsächlich kündigten CDU und FDP nach der Anhörung an, einen eigenen Antrag zum Thema zu verfassen. In einigen Punkten, erklärte Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU, werde sich der Antrag von denen der Opposition unterscheiden. "Im Kern ziehen wir als Niedersachsen allerdings an einem Strang."

Dr. Gero Hocker, umweltpolitischer Sprecher der FDP, betonte allerdings auch: "Wir werden uns auch zu unserer Verantwortung bekennen, Hamburg nicht auf dem Trockenen sitzen zu lassen." Dennoch stellte Bäumer genau wie Dr. Hocker klar: Sowohl die von den HWW beantragte Fördermenge als auch die Vertragslaufzeit seien nicht akzeptabel.

Stefan Wenzel, umweltpolitischer Sprecher der Grünen, erklärte nach der Anhörung: "Ich denke, wir sind auf einem guten Weg." Zufrieden sei er allerdings erst, wenn eine Entscheidung getroffen worden sei. "Wobei es hier nicht darum geht: Hamburg gegen Niedersachsen", betonte er, "sondern darum, mit allen Beteiligten eine Lösung zu finden."

Bei der Anhörung in Hannover dabei waren auch die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN), der Verein Naturschutzpark Lüneburger Heide, der Landkreis Harburg sowie Vertreter von Landwirten und privaten Waldbesitzern. Letztere planen in der Region Nordheide unterdessen einen Vorstoß, um auch einen finanziellen Ausgleich von den Wasserversorgern zu erhalten.

So wird die Forstbetriebsgemeinschaft Hollenstedt bei ihrer Jahresversammlung Anfang Mai über einen Antrag beschließen, von den Versorgern 150 Euro jährlich je Hektar Fläche zu verlangen, die in Wasserschutzgebieten liegen. "Es kann nicht sein, dass die Waldbesitzer einerseits Leistungen für die Wasserwirtschaft erbringen, zugleich von ihr aber potenziell geschädigt werden", begründete Mitglied Klaus Jansen. Gleich mehrere Initiativen liefen bei weiteren Zusammenschlüssen in der Region.